

Antrag Nr. 22-F-63-0037

Grüne, SPD, Linke und Volt

Betreff:

To-go und Take-away: Mehrweg voranbringen - Flickenteppich vermeiden
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 10.05.2022 -

Antragstext:

Ab Januar 2023 müssen für Lebensmittel und Getränke zum Mitnehmen Mehrwegalternativen angeboten werden. Nur kleine Betriebe können dieser Pflicht auch dadurch nachkommen, dass sie kundeneigene Behältnisse befüllen. Die Zeit drängt also für gastronomische Betriebe auch in Wiesbaden.

Der Umweltausschuss hat bereits einen Beschluss zur Einführung eines Pfandsystems für Getränkebecher gefasst (Antrag der Fraktion BLW/ULW/BIG Nr. 22-F-160001/Beschluss Nr. 0022 vom 15.3.2022). Dieser Beschluss sollte aus unserer Sicht ergänzt werden, da die Landeshauptstadt Wiesbaden ein solches Pfandsystem nicht selbst einführen kann, sondern insbesondere gefordert ist, die Wiesbadener Restaurants, Cafés, Bäckereien und Kioske über die neuen Vorgaben sowie geeignete Mehrwegsysteme zu informieren, sowie im Dialog mit ihnen zu klären, ob das Interesse an der Einführung eines möglichst einheitlichen Pfandsystems besteht. Sein Vorteil wäre, dass Getränkebecher - und ebenso Take-away-Gefäße für Essen - flexibel bei unterschiedlichen Betrieben in Wiesbaden oder sogar in anderen Städten wieder abgegeben werden können.

Der zunehmende Außer-Haus-Verzehr trägt nicht unerheblich zur Vermüllung des öffentlichen Raums und daher zu einem erhöhten Entsorgungsaufwand bei. Zu klären ist daher auch, in welcher Weise die Stadt den Umstieg auf ein möglichst einheitliches System auf geeignete Weise unterstützen und finanziell fördern kann. Verschiedene Städte sind diesem Weg bereits gegangen (vgl. etwa www.mehrweg-fulda.de; <https://www.darmstadtimherzen.de/faircup/>; <https://hamelnr.de/mehrweg/>; https://rp-online.de/nrw/staedte/viersen/stadt-viersen-ruft-zu-teilnahme-an-mehrweg-initiative-auf_aid-65778585 sowie <https://www.kreis-viersen.de/themen/abfallentsorgung/infos-fuer-gewerbetreibende>).

Der Ausschuss möge beschließen,

die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. anschließend an den Recherche-Auftrag aus Beschluss Nr. 0022 vom 15.3.2022 ein Kommunikationskonzept zu entwickeln und die Wiesbadener Gastro-Betriebe über die neuen rechtlichen Vorgaben sowie mögliche Mehrwegkonzepte für Speisen und Getränke „to go“ zu informieren.
2. gemeinsam mit geeigneten Multiplikator:innen wie der DEHOGA und der IHK einen Austausch mit und unter den Betrieben in Gang zu bringen, um über die Vorteile eines einheitlichen Systems aufzuklären und bei vorhandener Bereitschaft ein abgestimmtes Vorgehen unter Beteiligung möglichst vieler Betriebe zu unterstützen.
3. zu prüfen, welche Form der finanziellen Förderung denkbar wäre, um einen Anreiz für den Umstieg zu setzen und welche städtischen Mittel dafür eingesetzt werden könnten.
4. eine mögliche Form der temporären Anschubförderung im Ausschuss vorzustellen und darzulegen, welche Kosten damit für die Stadt voraussichtlich verbunden wären.

Antrag Nr. 22-F-63-0037 Grüne, SPD, Linke und Volt

5. zu prüfen, inwiefern und mit welchen Fragestellungen die Themen Mehrwegsysteme und Müllreduzierung in der Gastro-Branche sowie Anreize zur Verhaltensänderung von Konsument:innen in den geplanten städtischen Ideathon/Hackathon eingebunden werden kann.

Wiesbaden, 10.05.2022

Gesine Bonnet
Sprecherin für Wirtschaft
(Bündnis 90/Die Grünen)

Jan Stebler
Fraktionsreferent
(Bündnis 90/Die Grünen)

Amman Yoseph
Fachsprecher
(SPD Fraktion)

Juliane Maltner
Fraktionsreferentin
(SPD Fraktion)

Lukas Haker
Fachsprecher
(Fraktion DIE LINKE)

Jasper Klos
Fraktionsreferent
(Fraktion DIE LINKE)

Achim Sprengard
Fachsprecher
(Volt-Fraktion)

Sascha Kolhey
Fraktionsgeschäftsführer
(Volt-Fraktion)